

Uwe Wötzel

Wie vereinbaren wir Beruf, Familie und Engagement?

Freie, selbstbestimmte Arbeitszeit ist unverzichtbar für lebendige Demokratie

»Begrenzung der Arbeitszeit, faire Löhne, Mitbestimmung, Tarifautonomie und Streikrecht. All diese Rechte, ohne die unsere heutige Demokratie nicht vollständig wäre, sind nicht vom Himmel gefallen. Die Gewerkschaften haben sie erkämpft; erkämpft gegen den Obrigkeitsstaat, ... Unser Land wäre nicht dasselbe ohne die Gewerkschaften«, betonte Bundespräsident Steinmeier beim DGB Bundeskongress im Mai 2018. Ja, unsere Demokratie lebt auch vom Engagement der Gewerkschaftsmitglieder. Lebendige Demokratie braucht Tag für Tag dieses Engagement. Doch noch immer müssen für dieses Engagement vielerorts Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Es ist an der Zeit, diese Hindernisse dauerhaft zu beseitigen und so dem demokratischen Leben in unserer Gesellschaft mehr und stabileren Raum zu verschaffen. Zu den Hindernissen zählen im Bereich der abhängigen Erwerbsarbeit eine Reihe von Fehlentwicklungen in gesetzlichen Bestimmungen, wie der Missbrauch von Leiharbeit, die Ausweitung von Befristungen und Werkverträgen, fehlende Arbeitszeitsouveränität, sowie zum Teil eine Kultur der aggressiven Missachtung von demokratischen Rechten. So wird in einer erheblichen Zahl von Betrieben die Bildung und Wahl von Betriebsräten sowie ihre Arbeit von Arbeitgebern behindert (https://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/67961_67981.htm).

Der Zugang von Beschäftigten zum bürgerschaftlichem Engagement außerhalb der Arbeit ist heute aus unterschiedlichen Perspektiven nicht barrierefrei. Auch wenn inzwischen für viele Ehrenämter gesetzliche oder tarifliche Freistellungsregelungen bestehen, wie für Betriebsräte, Personalräte, Vertrauensleute und Delegierte der Gewerkschaften, Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung, so fehlt es den aktiven Ehrenamtlichen oft an ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten für ihre kleinen Kinder oder pflegebedürftigen Angehörigen. ver.di hat die Lücke erkannt, und bietet, wo möglich, für die Kinder junger Eltern Kinderbetreuung an, um den Vätern und Müttern die Teilnahme an gewerkschaftlichen Tagungen und Seminaren zu erleichtern.

Die Forschung hat wichtige Hinderungsgründe für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ermittelt (https://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2001_03_klenner2.pdf). Dauer, Lage, Planbarkeit der Arbeitszeit, berufliche Belastungen und familiäre bzw. partnerschaftliche Verpflichtungen stehen dabei oft im Weg. Diese Hindernisse sind seit dem Beginn der Forschung durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes und weiter steigenden Leistungsdruck

eher gewachsen. Schichtarbeit, Überstunden und Sonntagsarbeit haben zugenommen (https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_19_2014.pdf).

Erwerbstätige und insbesondere erwerbstätige Eltern brauchen endlich bessere Rahmenbedingungen für ihr Engagement. Sie brauchen deutlich mehr Selbstbestimmung über ihre Arbeitszeit, sie brauchen gesetzlich abgesicherte Arbeitszeitsouveränität und kürzere Arbeitszeiten. Die Reaktionen der Politik auf die für unsere Demokratie grundlegende Erkenntnis sind geteilt. Die Bundesregierung steht dabei heute auf der falschen Seite. Während sie im Engagementbericht 2017 (<https://www.bmfsfj.de/blob/jump/115658/zweiter-engagementbericht---bundestagsdrucksache-data.pdf>) die Zeit noch als die »elementarste Ressource freiwilligen Engagements« anerkennt, will die Regierung nun auf Wunsch der Arbeitgeber die EU-Arbeitszeitrichtlinie aufweichen und damit die Basis für das zivilgesellschaftliche Engagement schwächen. So soll anstelle des bisher gesetzlich festgelegten Acht-Stunden-Tages (im Normalfall) nur noch eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit von 48 Stunden Grenzen setzen. Für das notwendige Engagement auf den großen Baustellen unserer Gesellschaft, für die sozialverträgliche Gestaltung der Digitalisierung in Gesellschaft und Arbeitswelt, für die Mitgestaltung von lebenswerten Kommunen, für die große Transformation in eine nachhaltige Entwicklung, für die Inklusion, für das Wirken der Bürgerinnen und Bürger in Gewerkschaften, Parteien, Umweltverbänden, friedens- und entwicklungspolitischen Initiativen und den sozialen Bewegungen brauchen wir dringend kürzere Arbeitszeiten und mehr Selbstbestimmung über Arbeitszeiten.

Autor

Uwe Wötzel, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Bundesverwaltung, Bereich Politik und Planung

Kontakt: uwe.woetzel@verdi.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de